

20 mei 1959

U 5771/59 - C 46 - P1/PS9.

PH-9707/17

GEHEIM

Land: Diverse.
Onderwerp: Gipfel-Konferenz.

Referenties:

Datum van
waarneming: Medio mei 1959.

Bron: Betrouwbaar.

Informant: Minister van Buitenlandse Zaken van een der
Oosteuropese landen.

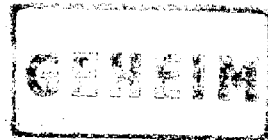
Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. J.E. de QUAY
Minister-President

Plein 1813 no. 4

'S-GRAVENHAGE.

GIPFEL-KONFERENZ

Dem Aussenminister wurde die Frage gestellt "warum die Aussenminister-Konferenz der kommunistischen Staaten neulich in Warschau nur so kurz gedauert hat". Er antwortete - es ist keine scheinbare Einigkeit, wie man im Westen behauptet, die uns sozialistischen Staaten untereinander verbindet. Deshalb brauchten unsere Aussenminister ihre Gespräche nicht in die Länge zu ziehen. Unsere Pläne haben wir schon vorher aufeinander abgestimmt. In Genf wollen wir nur über einen Friedensvertrag-Entwurf mit Deutschland verhandeln und die Voraussetzungen für die Sicherheitsfrage in Mittel-Europa erarbeiten. Unabhängig vom Konferenz-Verlauf in Genf, werden wir auf alle Fälle einen Friedensvertrag mit der DDR abschliessen. Der Abschluss eines Friedensvertrages mit der Bundesrepublik erscheint uns im Augenblick nicht all zu wichtig, weil wir der Ansicht sind, dass in der Bundesrepublik die Kräfte gegen den bisherigen Kurs der Bundesregierung allmählich Oberhand gewinnen werden. Diesen Kräften wird es bestimmt möglich sein in der Wieder-Vereinigungsfrage eine für uns tragbare Annäherung mit der DDR zu erzielen. Im sozialistischen Lager wollen wir diese Entwicklung begünstigen, indem wir die störenden Einflüsse, die von aussen kommen, auf das Mindestmass ausschalten wollen.

Unter den störenden Einflüssen verstand der Aussenminister alle Viermächte-Abmachungen über Deutschland (einschl. Berlin) die heute noch in Kraft sind.

Es schien so - die Meinung des Aussenministers zusammengefasst - als ob die Ostblockstaaten mit jeder Lösung in Genf einverstanden wären, die dazu führen könnte, alle z.Zt. gültigen Viermächte-Abmachungen durch andere zu ersetzen.

In der Sicherheitsfrage haben die Tschechoslowakei und Polen ein starkes Interesse in Genf nicht nur gehört zu werden, sondern an der Mitgestaltung der Sicherheitsfrage aktiv mitzuarbeiten. Der RAPACKI-Plan in seiner erweiterten Form, könnte eine brauchbare Verhandlungsunterlage in Genf sein. Es hat sich nämlich gezeigt, dass in der letzten Zeit viele Länder (darunter auch NATO-Länder) sich nunmehr für die Idee des RAPACKI-Planes interessieren, obwohl sie diesen noch vor wenigen Monaten abgelehnt haben.

Um die europäische Sicherheitsfrage umfassend lösen zu können haben die CSR und Polen darauf gedrängt in Genf zugelassen zu werden. Wir hoffen - so sagte der Aussenminister -, dass mit diesen Ländern dann auch andere Länder zur Erörterung der Sicherheitsfrage in Europa zugezogen werden.

Von den Ländern, deren Beteiligung an der Genfer-Konferenz gelegen käme, wurden Jugoslawien, Norwegen und Dänemark genannt.

Medio mei 1959.